

---

## FORUM: Teilen verbindet\*

---

Werner Schulz:

### Für einen neuen Lastenausgleich in Deutschland

---

Werner Schulz, geb. 1950 in Zwickau, ist Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

In Deutschland ist der Staat geeint, Ökonomie und Gesellschaft sind weiterhin geteilt: im Westen ein relativ hohes - wenngleich sich abschwächendes - Wirtschaftswachstum, im Osten dagegen weitere Desindustrialisierung und ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Menschen in Ost und West sind noch weit von einer Gleichheit der Lebensverhältnisse, wie sie das Grundgesetz postuliert, entfernt. Dies gilt nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Zu weit haben sich die beiden Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten auseinanderentwickelt. Die wirtschaftlichen, sozialen und auch psychosozialen Differenzen werden noch lange anhalten und auch nachwirken.

Der Bundesregierung ist es nicht gelungen, den wirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Bundesländern nachhaltig zu fördern. Zu lange bildete sie sich ein, der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern könne dem marktwirtschaftlichen Selbstlauf überlassen werden. Täuschung und Selbsttäuschung gingen Hand in Hand und haben zu dieser vertrackten Kettenreaktion von Enttäuschungen geführt. Es zeigt sich indessen, daß die Resultate jahrzehntelanger sozialistischer Mißwirtschaft - die Erfahrungen in den osteuropäischen Ländern bestätigen dies nachdrücklich - nicht mit einfachen Mitteln korrigiert werden können. Die Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit verlangt deshalb auch erheblich größere finanzielle Anstrengungen als von vielen erwartet worden ist. Der Aufbau im Osten kann nicht durch eine einfache, kurzfristig gedachte „Anschubfinanzierung“ in Gang gebracht werden. Heute haben sich die ursprünglichen Annahmen der Bürger-

bewegungen bestätigt: Die wirtschaftliche und soziale Einheit ist ein langfristiges Projekt, das die gemeinsame Anstrengung aller erfordert.

Auch in finanzpolitischer Hinsicht hat die Bundesregierung ihre Bewährungsprobe nicht bestanden. Sie vermochte es nicht, ein tragfähiges Finanzierungskonzept für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau in den neuen Bundesländern zu erstellen. Statt die notwendigen Mittel aus den Einkommen, Gewinnen und Vermögenszuwächsen zu nehmen, wurde zunächst der Weg des geringsten Widerstandes über die Erhöhung der öffentlichen Verschuldung beschriftet. Zu Recht verweist der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf die Mängel dieser Politik. Die Finanzpolitik der Bundesregierung beruhte auf dem Trugschluß, daß der einigungsbedingte Wachstumsschub Steuermehreinnahmen ermöglichen, die zur Finanzierung des plötzlichen Mehrbedarfs ausreichen würden. Diese Annahme, die von den Wirtschaftsexperten schon im Jahre 1990 in Zweifel gezogen worden ist, hat sich als gänzlich unrealistisch erwiesen. Doch statt einen Kurswechsel einzuleiten, beschränkt sich die Bundesregierung den bequemsten Weg, der von den mächtigen Interessengruppen keinen Widerspruch erwarten ließ: Sie erhöhte die Steuern und belastete damit vor allem die „kleinen Leute“.

Mit nicht wiedergutzumachender Verspätung wurden umfangreiche finanzielle Mittel für die neuen Bundesländer bereitgestellt. Die Aufbringung dieser Gelder trifft die sozial Schwachen besonders hart. Die Erhöhung von Steuern und Abgaben belastet hauptsächlich die niedrigen Einkommen. Zusätzlich wird den Zweigen der Sozialversicherung die Finanzierung der Einheitskosten aufgebürdet. Die Folge: Die Lasten werden zu einem beträchtlichen Teil auf zukünftige Generationen verlagert, und die heutigen Belastungen treffen vor allem die Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen. Die Gewinner der deutschen Einheit haben bisher nur wenig zum Aufbau in den neuen Bundesländern beigetragen. Die Bundesregierung hat es bisher vermieden und versäumt, die Nutznießer der deutschen Einheit in angemessenem Umfang an den erforderlichen Aufbauleistungen in den neuen Bundesländern zu beteiligen. Nach wie vor besteht die einzigartige Herausforderung, diese Lasten auf die gesamte Gesellschaft zu verteilen und sie sozial gerecht auszugleichen.

Die Länder und Gemeinden in Ostdeutschland können ihre Aufbauarbeit nur zu einem Ungewissen Teil selbst finanzieren. Sie sind deshalb auf die Hilfe des Bundes und der alten Bundesländer angewiesen. Die westlichen Länder und Gemeinden haben sich bisher leider nur in geringem Umfang an der Finanzierung dieser neuen Gemeinschaftsaufgabe beteiligt. Aber es ist nicht länger vertretbar, daß in Westdeutschland die Lebensqualität weiter ansteigt, während es in den östlichen Ländern an dringend benötigten Mitteln fehlt. Die Aufteilung der Finanzlasten zwischen Bund und Ländern, wie sie im Fonds „Deutsche Einheit“ als Übergangsform geregelt ist, entspricht keiner gerechten Lastenteilung.

Ausgehend von diesem Befund ergibt sich die Notwendigkeit zu einer grundsätzlich neuen Prioritätenfestlegung. Maßstab ist dabei das Gebot der Gleichheit der Lebensverhältnisse. Nur durch eine solche Neuorientierung kann eine neue Spaltung in Deutschland verhindert werden. Für die Bewältigung dieser Aufgabe sind Maßnahmen auf folgenden Gebieten notwendig:

1. Neben der Neuorientierung der Strukturpolitik (Treuhandpolitik, Regionalpolitik, Forschungspolitik), der Arbeitsmarktpolitik (Arbeitszeitverkürzungen, Beschäftigungsgesellschaften, Qualifizierung, Um- und Weiterbildung) gilt es auch, neue einkommens- und vermögenspolitische Instrumente anzuwenden. Dazu müssen jedoch die rechtlichen Rahmenbedingungen entscheidend verbessert werden. Ziel muß es sein, die wirtschaftliche Rekonstruktion in den neuen Bundesländern zu unterstützen und gleichzeitig für eine Veränderung der ungerechten Vermögensverteilung zu sorgen.

2. Die Verwirklichung der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ in Deutschland macht auf Jahre hinaus beträchtliche finanzielle Anstrengungen zugunsten der neuen Bundesländer notwendig. Zu begrüßen ist deshalb die Initiative des Bundespräsidenten, der einen neuen Lastenausgleich zur Bewältigung der großen Aufgabe der Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit vorgeschlagen hat. Hohe Einkommen und Vermögen, und auch jene Einkommen und Vermögen, die durch die deutsche Einheit besonders begünstigt sind, müssen stärker als bisher in die Pflicht genommen werden.

3. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muß dafür Sorge tragen, daß der Aufbau Ost Priorität vor dem Ausbau West erhält. Für den Aufbau der neuen Länder sind dazu für einige Zeit spürbare Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben für den weiteren Ausbau der alten Bundesländer unausweichlich. Gleichzeitig muß erreicht werden, daß diejenigen Unternehmen, die in den neuen Bundesländern investieren, besser gestellt werden als jene, die nicht investieren.

4. Eine gerechte Lastenteilung umfaßt alle Ebenen und Gebietskörperschaften des Bundesstaates. Auch die westdeutschen Länder müssen nun endlich ihren Anteil erbringen. Darüber hinaus muß baldmöglichst eine neue Regelung gefunden werden, die zu einem gerechten Finanzausgleich zwischen den Bundesländern beitragen kann. Hierbei ist das vom Bundesverfassungsgericht betonte bündische Prinzip — das „Einstehen füreinander“ — zu beachten. Die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen muß auf der Grundlage einer Solidargemeinschaft von Bund und Ländern erfolgen.

Der Abbau der Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West ist eine langfristige Aufgabe. Auf mittlere Sicht werden die Menschen in Deutschland mit einem insgesamt höheren Maß an Ungleichheit leben müssen. Die Ankündigung des Bundeskanzlers, daß sich in den neuen Bundesländern die wirtschaftliche Angleichung in wenigen Jahren herbeiführen lasse, hat sich als eine fatale Illusion erwiesen. Entscheidend ist deshalb auch für die kommenden Jahre, durch eine Stärkung der regionalen Identität dazu

beizutragen, die Folgen der wirtschaftlichen Unterschiede für eine Übergangszeit auszugleichen. Denn: Es sind nicht nur die ökonomischen Ungleichgewichte, die einen nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung der bundesstaatlichen Ordnung haben werden.